

„Farc-Mitglied festgenommen“

oe. BUENOS AIRES, 28. Juli. Ein kolumbianischer Guerrillero, der vorgeblich für die Operationen der „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (Farc) im Grenzgebiet zwischen Kolumbien und Venezuela zuständig war, ist nach Angaben oppositioneller Medien in Caracas auf venezolanischem Territorium von der Nationalgarde festgenommen worden. Der 38 Jahre alte Gabriel Culma Ortiz, genannt „Guillermo“, soll den beiden Farc-Anführern unterstellt gewesen sein, die für die Bewachung der Geiselngruppe zuständig war, der auch Ingrid Betancourt angehörte und die am 2. Juli in einer spektakulären Aktion befreit wurde. Die beiden Bewacher waren bei der Operation gleichfalls festgenommen worden. Gegen „Guillermo“ wird in Kolumbien wegen Terrorismus, Rebellion sowie Rauschgift- und Waffenhandels ermittelt. Er soll die mit der Bewachung der 22 von den Farc noch festgehaltenen Geiseln zuständige Guerrillafront mit Nahrungsmitteln, Waffen und Kommunikationsgeräten versorgt haben. Weder in Kolumbien noch in Venezuela haben offizielle Stellen die Festnahme bisher bestätigt.

Regierungspartei siegt in Kambodscha

PHNOM PENH, 28. Juli (dpa/KNA). Nach der Parlamentswahl in Kambodscha am Sonntag steht die seit mehr als 20 Jahren regierende Volkspartei von Ministerpräsident Hun Sen vor einem Sieg. Nach vorläufigen Ergebnissen habe die Volkspartei voraussichtlich mehr als 60 Prozent der Stimmen errungen, teilte die nationale Wahlkommission am Montag in der Hauptstadt Phnom Penh mit. Die Volkspartei erwartete nach eigenen Angaben, mindestens 90 der 123 Sitze in der Volksvertretung zu erhalten. Nach Hochrechnungen kann sie mit mehr als 70 Sitzen rechnen, verfehlt aber knapp die Zweidrittelmehrheit. Die Partei von Oppositionsführer Sam Rainsy soll 22 Prozent der Stimmen erhalten haben. Auf den bisherigen Koalitionspartner der Volkspartei, die royalistische Funcinpec-Partei, sollen knapp 21 Prozent der Stimmen entfallen sein. Insgesamt waren elf Parteien zur Wahl angetreten. Laut Wahlkommission lag die Wahlbeteiligung bei 75 Prozent. Ein offizielles Endergebnis wird noch bis zu zehn Tage auf sich warten lassen. Tausende örtliche und internationale Wahlbeobachter hatten die Wahl am Sonntag begleitet. Die russische Delegation sagte am Montag, die Wahl sei fair verlaufen. Die Sam-Rainsy-Partei sprach von Unregelmäßigkeiten. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hatte der Regierung Einschüchterung der Opposition und unfaire Berichterstattung über andere Parteien in den Staatsmedien vorgeworfen. Polizei und Wahlkommission hatten am Wahltag keine Störungen und keine Gewalt verzeichnet.

Orthodoxe Kirchen wollen sich einigen

KIEW, 28. Juli (KNA). Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. von Konstantinopel und der Moskauer Patriarch Alexii II. wollen gemeinsam ein Ende der Spaltung der orthodoxen Kirche in der Ukraine erreichen. Bei einem Treffen am Sonntagabend in Kiew vereinbarten die Kirchenführer einen Dialog zur Lösung des Problems. Nachdem die Ukraine 1991 unabhängig geworden war, hatte sich ein erheblicher Teil der orthodoxen Geistlichen dort vom Moskauer Patriarchat losgesagt und 1992 eine eigene ukrainisch-orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats gegründet. „Wir haben uns entschieden, für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Kirchen von Russland und Konstantinopel zu arbeiten, da wir beide für die Einheit der Orthodoxie verantwortlich sind“, sagte Bartholomaios I. Zugleich hoffe er, dass Alexii II. am geplanten Treffen der Weltorthodoxie im Oktober in Istanbul teilnehme. Der Moskauer Patriarch sagte, die Verhandlungen sollten die Kontroverse beenden. „Wir werden Entscheidungen treffen, die den Interessen unserer Kirchen entsprechen.“ Der Außenamtchef des Moskauer Patriarchats, Metropolit Kyrill von Smolensk und Kaliningrad, nannte die Verhandlungen ein „historisches Ereignis für die Beziehungen beider Kirchen und generell in der neuesten Geschichte der orthodoxen Kirche“. In der Ukraine bestehen gegenwärtig drei große orthodoxe Gruppierungen. Neben dem Kiewer sowie dem Moskauer Patriarchat gibt es noch die „Ukrainische Autonome Orthodoxe Kirche“. Das Treffen von Bartholomaios I. und Alexii II. fand nach einem von beiden Patriarchen geleiteten Gottesdienst zum 1020. Jahrestag der Taufe von Kiew statt, mit der 988 die Ostslawen christianisiert wurden. Das Verhältnis von Bartholomaios I., dem Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie, und Alexii II. gilt als angespannt, weil sich einige nationale orthodoxe Kirchen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion von Moskau abwenden und die Nähe des Patriarchats von Konstantinopel suchen.

Kärntens Ortstafeln neu denken

BLEIBURG, im Juli. Wirtshausstreite über Ortsschilder sind eine Kärntner Spezialität. Da sagt ein Arbeiter beim Feierabend-Bier, dass der Ort, in dem sich das Wirtshaus befindet, für ihn nur Bleiburg heißt und nicht Pliberk, wie ihn die slowenische Volksgruppe nennt. Dass sich Landeshauptmann Jörg Haider nach schier ewigem Streit bereitfand, auf den Ortstafeln wenigstens kleine slowenische Schildchen anbringen zu lassen, versteht der Mann nicht. „Schon die kleinen Tafeln vom Haider sind zu viel für die Tschuschen“, schimpft er. Für diese allhergebrachte Slawen-Schmähung erntet er gleich beifälliges Nicken am Wirtshausisch – aber auch Widerspruch. Es gebe doch „keinen echten Bleiburger, der nicht slowenische Verwandte hat“, kontert ein älterer Mann. Man möge den Slowenen doch ihre Ortstafeln geben. Ein Dritter würde sich lieber wieder anderen Kärntner Spezialitäten als diesem Epochenstreit über die mehrsprachige Beschriftung von Ortseinfahrtsschildern widmen: „Ich kann das alles nicht mehr hören, sollen sie doch die Tafeln aufstellen und eine Ruh“ geben!“

Ein paar Meter weiter, im „Kultur Dom“, dem slowenischen Kulturhaus, sieht man das anders. „Das ist ja keine Gnade, die uns von der Politik gewährt werden soll, sondern ein Rechtsanspruch“, sagt Andrej Wakounig. Verbürgte Zweisprachigkeit sei natürlich mehr als nur die Tafeln an Ortsanfang und -ende. „Die Kärntner sind so stolz auf ihre Volkslieder. Dass das Liedgut der Karantanen slawische Wurzeln hat und deshalb so ungewöhnlich ist in Österreich, wird aber schamhaft verschwiegen“, sagt seine Begleiterin. Sie ist Sopran in einem slowenischen Chor; man singe in beiden Sprachen.

Was die Menschen im Wirtshaus beschäftigt, treibt seit langem auch die Gerichte um. Ein Mann aus Südkärnten wurde unlängst sogar zu vier Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Er hatte in einer an die Kärntner Anwaltskammer gerichteten E-Mail dem Anwalt Rudi Vouk damit gedroht, er werde ihm „einen Denkartel verpassen“ und ihn „in die Schranken weisen“. Rudi Vouk hatte sich vor sieben Jahren selbst angezeigt wegen Geschwindigkeitsüberschreitung und damit den Streit über die zweisprachigen Ortstafeln vor den österreichischen Verfassungsgerichtshof gebracht. Seine Argumentation war verwegen, aber letztlich erfolgreich: Da es auf dem Ortsschild keine slowenische Aufschrift gab, habe er nicht erkennen können, dass er sich mit seinem Auto in einer geschlossenen Ortschaft befindet.

In dem von Vouk angestregten Verfahren urteilte das Verfassungsgericht, die Bestimmung im Volksgruppengesetz, dass topographische Bezeichnungen nur dort zweisprachig anzubringen sind, wo die Angehörigen nationaler Minderheiten mehr als 25 Prozent der örtlichen Einwohnerschaft ausmachen, widerspreche der Verfassung. Das betrifft hauptsächlich Slowenen in Kärnten und in der Steiermark sowie Kroaten und Ungarn im Burgenland. Nach Ansicht der Verfassungsrichter reicht ein Minderheitenanteil „von mehr als zehn Prozent über einen längeren Zeitraum“ aus, um ein Recht auf zweisprachige Ortsschilder zu begründen.

Dem Kärntner Landeshauptmann (Regierungschef) Haider fällt es im Traum nicht ein, dem Urteil Folge zu leisten. Haider, ein promovierter Jurist, hat stets Mittel und Wege gefunden, es zu umgehen. In Bleiburg (slowenisch: Pliberk) im Jauntal und Ebersdorf (Drveša vas) im Bezirk Völkermarkt hat er vor zwei Jahren die Straßenschilder kurzerhand ein paar Meter vor die Gemarkungsgrenze rücken lassen und damit Ausführungsbestimmungen des Verfassungsgerichts umgangen. Er lasse sich nichts von „rasenden Rechtsbrechern“ und einem „politisch entscheidenden Verfassungsgericht“ aufzwingen, sagte Haider damals. Jede neue Entscheidung des Verfassungsgerichts werde er konterkarieren: „Ich werde die Ortstafeln jedes Mal neu verrücken lassen.“

Die Schöne und der Präsident

In der Ukraine blockieren sich Ministerpräsidentin Timoschenko und Staatsoberhaupt Juschtschenko gegenseitig / Von Konrad Schuller

KIEW, 28. Juli. Anfang Juli hat die Nachrichtenagentur Interfax ein kleines Zahlenwerk veröffentlicht, das den Betriebszustand der jungen ukrainischen Demokratie kenntlich macht: 180 Sitzungstage hätte das im vergangenen Herbst gewählte – und wie seine Vorgänger auch für lustvolle Raufereien berühmte – Parlament bisher haben sollen, nur an 46 Tagen sind die Volksvertreter aber wirklich zusammengekommen. Und selbst dann haben sie es neunmal nicht geschafft, die Sitzung überhaupt zu eröffnen.

Die Saalschlachten und Stubenscharmützel der „Werchowna Rada“ sind dabei nicht immer von denselben Akteuren begonnen worden. Sowohl Abgeordnete der Opposition als auch der Regierungskoalition stürmten das Podium. Es ist in der Rada Usus geworden, dass jeder, der eine Niederlage fürchtet, das Plenum so lange blockiert, bis die Gefahr vorbei ist. Angesichts dieser Routine, Gesetze zu verhindern und das Parlament lahmzulegen, ist es kein Wunder, dass der politische Betrieb der Ukraine seit dem Amtsantritt der westlich orientierten Ministerpräsidentin Timoschenko im Dezember zumindest partiell gelähmt ist.

Frau Timoschenko, neben Präsident Juschtschenko die Siegerin der demokratischen „Revolution in Orange“ von 2004,

Seit Anfang der siebziger Jahre wird in Kärnten darüber gestritten, wo zweisprachige Ortsschilder aufgestellt werden sollen. Landeshauptmann Haider will den Streit mit der slowenischen Minderheit am Leben halten.

Von Reinhard Olt

Haider weiß bei solchen Aktionen viele „Deutschkärntner“ auf seiner Seite. Dabei sind laut einer Umfrage 67 Prozent der Kärntner sogar für die Aufstellung zweisprachiger Ortsschilder. Doch in Verbindung mit Fingerzeigen auf den „Wasserkopf Wien“ und dort getroffene Entscheidungen lässt sich am Fuße der Karawanken ein historisch befruchtetes Thema wie dieses allemal politisch instrumentalisieren. Anwalt Rudi Vouk und seine Mitstreiter in der „Plattform für Rechtsstaat und



Schildträger Jörg Haider im Februar 2006: Um ein Gerichtsurteil zu umgehen, sind in Kärnten Ortstafeln versetzt worden. Foto AFP

Demokratie“ oder im christlich-konservativen „Rat der Kärntner Slowenen“, dessen stellvertretender Vorsitzender Vouk ist, bezeichnet Jörg Haider kurzerhand „radikale Nationalslowenen“.

Freilich gibt es auch Leute auf beiden Seiten, die eine Verständigung suchen. Bernard Sadovnik von der bürgerlichen „Gemeinschaft der Slowenen“ und Marjan Šturm vom linken „Zentralverband slowenischer Organisationen“ sind über ihren Schatten gesprungen und redeten mit Leuten wie Josef Feldner, dem Obmann des deutschnationalen „Kärntner Heimatdienstes“. Unter der geduligen Leitung des Historikers Stefan Karner einigten sie

sich auf einen sogleich als „historisch“ bezeichneten Kompromiss in der leidgehen Ortstafelfrage. Zusammen gaben Feldner und Šturm, die zuvor Jahrzehnte erbitterter Gegner waren, ein Buch mit dem Titel „Kärnten neu denken“ heraus. Sie schlugen vor, bis 2009 insgesamt 142 zweisprachige Ortsschilder in Südkärnten aufzustellen, wobei in 77 Orten ohnedies schon solche Tafeln stehen. Von 2010 an hätte die Möglichkeit geben sollen, in Orten mit mehr als zehn Prozent slowenischer Bevölkerung weitere Schilder anzubringen. Im Juli 2006 hatte sogar Haider – seine Partei, das BZÖ, befand sich seinerzeit in Wien mit der ÖVP in der Regierung – dem Kompromiss zunächst zugestimmt, dann aber vor einem Beschluss im Parlament ein Vetorecht seines Landes gegen weitere zweisprachige Ortstafeln ab 2010 verlangt. Der Taktiker Haider wollte den Konflikt gern am Leben erhalten.

Seit 1955 sichert ein Staatsvertrag nationalen Minderheiten besondere Rechte zu. Vier Jahre später wurden erste Minderheitengesetze erlassen. Sie galten dem Ge-



brauch der Muttersprache vor Gericht und einem eigenständigen Schulwesen. 1972, unter dem SPÖ-Kanzler Kreisky, beschloss das Parlament erst das Ortstafelgesetz. Es galt damals für 205 Siedlungen, in denen ein Minderheitenanteil von 20 Prozent auf der Basis der Volkszählung von 1971 angenommen wurde. Als die ersten Schilder aufgestellt wurden, demonstrieren aufgebrachte Deutschkärntner sie sofort: „Ortstafelsturm“ heißt das im Volksmund. Daraufhin wurde die Aufstellung weiterer Tafeln gestoppt. Im Volksgruppengesetz von 1976 wurden Schutz- und Fördermaßnahmen für die Minderheiten festgelegt. Es sieht für die „zweisprachige Topographie“ in Kär-

nten eine 25-Prozent-Klausel (Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung) vor. In der 1977 erlassenen Topographieverordnung für Kärnten sind 91 zweisprachige Ortstafeln vorgesehen. Bei der Aufstellung erster neuer zweisprachiger Schilder blieben die befürchteten Ausschreitungen aus.

Ende 2000 flammte aber mit der Aufstellung erster zweisprachiger Ortsschilder im Burgenland auch in Kärnten die Debatte über die Ortsschilder wieder auf. Slowenenverbände forderten eine Novellierung des Volksgruppengesetzes, Haider lehnte strikt ab. Als Rudi Vouk dann wegen zu schnellen Fahrens im einsprachig beschilderten Ortsgebiet von St. Kanzian (Škočjan) am Klopeiner See den Instanzenweg bis zum Höchstgericht ging, hob der Verfassungsgerichtshof Teile des Volksgruppengesetzes von 1976 und der Topographieverordnung von 1977 auf. Haider forderte den Gerichtspräsidenten Ludwig Adamovich zum Rücktritt auf.

Seit Haider neue Schildchen mit der Aufschrift „Pliberk“ unter dem Namen „Bleiburg“, aber innerhalb der blauen Um-



randung des Ortsschildes annieten ließ, ist zwar ein wenig Ruhe eingekehrt. Doch der Rat der Kärntner Slowenen ist damit noch nicht zufrieden. Verfassungsrechtler geben ihnen recht.

Nicht weit von Bleiburg/Pliberk, in Globasnitz (Globasnica), sind die Ortsschilder nur der Anfang. Kaum irgendwo sonst ist die Existenz der slowenischen Volksgruppe so deutlich sichtbar. Das beginnt bei den Ortsschildern und setzt sich am Gemeindeamt, am Kindergarten und in der Volksschule fort. Am Gasthaus prangt selbstverständlich die Aufschrift „Gostilna“, das Geschäft neben der Posojilnica-Bank heißt „Zadruga Market“. Acht von zehn Kunden sprechen untereinander Slowenisch, die Beschriftung in beiden Sprachen finden sie „ganz normal“. Daran, dass das in anderen Gemeinden alles andere als normal ist, ist für die Globasnitzer „die Politik“ schuld. „Schon der Wagner Leopold“ – SPÖ-Landeshauptmann von 1974 bis 1988, der sich einst seiner NS-Vergangenheit rühmte – „wollte uns weghaben, die Roten waren früher um nichts besser als der Haider jetzt“, empört sich ein älterer Mann. Dass „die Politik“ eine Lösung suche, mag er nicht glauben. „Wenn die Regierung in Wien das hätte tun wollen, wer hat sie denn daran gehindert?“

Ausland in Kürze

Hamas beschlagnahmt Zeitungen – Die radikalislamische Palästinenserorganisation Hamas hat am Montag die Verbreitung der drei wichtigsten palästinensischen Zeitungen im Gazastreifen, „Al-Kuds“, „Al-Ajam“ und „Al-Hajat al Dschadida“, verboten. Das teilte der Palästinensische Journalistenverband im Westjordanland am Montag mit. Das von der Hamas kontrollierte Innenministerium begründete die Maßnahme damit, dass die Zeitungen nicht richtig über einen Bombenanschlag auf das Auto eines Hamas-Mitglieds am Freitag berichtet hätten. Hamas, die vor mehr als einem Jahr gewaltsam die Kontrolle im Gazastreifen übernommen hatte, wirft Fatah vor, hinter dem Anschlag zu stehen. (dpa)

Angriff auf Öpipelines in Nigeria – Rebellen in Nigeria haben nach eigenen Angaben einen Sabotageakt gegen zwei Öpipelines verübt. Ein Anführer der Bewegung für die Emanzipation des Nigerdeltas sagte, der Angriff auf die Pipelines der Ölfirma Shell sei am Montag im südnigerianischen Staat Rivers erfolgt. (AP)

Anschlag im Baskenland – Die baskische Separatistenorganisation Eta hat an einer der wichtigsten Autobahnen im Norden Spaniens mutmaßlich einen Anschlag verübt. Niemand sei verletzt worden, teilte die Regionalregierung des Baskenlandes am Montag mit. Das Attentat richtete sich nach den Angaben offenbar gegen eine baskische Baufirma, die an den Arbeiten an der Autobahn A8 beteiligt ist. Der Sprengsatz explodierte demnach zwischen Fahrzeugen und Materialien, die die Firma am Rande der Baustelle gelagert hatte. Es sei unklar, ob der Anschlag am Wochenende oder in den frühen Morgenstunden des Montags verübt worden sei, sagte ein Sprecher. Der beträchtliche Schaden sei bei der Wiederaufnahme der Arbeiten am Montag entdeckt worden. (Reuters)

Baukräne in Brüssel besetzt – Mehrere hungerstreikende Ausländer ohne gültige Papiere haben drei Baukräne in Brüssel besetzt. Die Einwanderer wollen damit eine belgische Aufenthaltsgenehmigung erzwingen. Einige von ihnen drohen, sich von den Baukränen zu stürzen, falls die Polizei einschreite oder sie keine Aufenthaltsgenehmigung bekämen. (dpa)

Handgemenge in Neapel – Wenige Tage nach der Ausrufung eines nationalen Notstands gegen illegale Einwanderung hat sich die italienische Polizei ein Handgemenge mit Dutzenden Afrikanern geliefert, die sich im Dom von Neapel verbarrikadiert hatten. Zwei der etwa 50 Demonstranten seien festgenommen worden, teilte die Polizei am Montag mit. Die Einwanderer hatten sich in der Kirche verschanzt, weil ihre Unterkunft vorige Woche abgebrannt war. Die Regierung von Ministerpräsident Berlusconi hatte den Immigrations-Notstand am Freitag ausgerufen. (Reuters)

Französische Adoptionshelfer – Um internationale Adoptionen zu erleichtern, will Frankreich von August an freiwillige Adoptionshelfer ins Ausland entsenden. Die ersten sollen im August an der französischen Botschaft in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh ihren Dienst aufnehmen, sagte die Staatssekretärin für Menschenrechte Rama Yade. Das berichtete die Zeitung „Le Parisien“ am Montag. Das Vorhaben solle sowohl vom Außenministerium als auch von Privatunternehmen finanziert werden. Die französische Adoptionsbürokratie gilt als besonders schwerfällig. Die internationale Adoption ist zuletzt außerdem durch die Hilfsorganisation „Arche de Zoé“ in Verruf geraten. „Arche de Zoé“ hatte durch einen illegalen Transfer angeblicher afrikanischer Waisenkinder nach Frankreich auf den Bürgerkrieg in der sudanesischen Krisenregion Darfur aufmerksam machen wollen. (dpa)